



# Baden-Württemberg

## POLIZEIPRÄSIDIUM KARLSRUHE

Polizeipräsidium Karlsruhe · Durlacher Allee 31-33 · 76131 Karlsruhe

**per E-Mail an:**

Stadt Karlsruhe  
 Ordnungs- und Bürgeramt  
 Öffentliche Sicherheit / Polizeirecht  
 Kaiserallee 8, 76133 Karlsruhe  
[polizeirecht@oa.karlsruhe.de](mailto:polizeirecht@oa.karlsruhe.de)

Karlsruhe 19.10.2020

Name Herr Meyer


Durchwahl 0721 666-2225

LVN 7-732-2225

Aktenzeichen ZD/Org 0602232020 – 0141.5  
 (Bitte bei Antwort angeben)

nachrichtlich:

[Thomas.Seemann@oa.karlsruhe.de](mailto:Thomas.Seemann@oa.karlsruhe.de)

 Anfrage der Fraktion „Die Linke“ zu Erkenntnissen über Gewaltein-sätze, Rechtsradi-kalismus und Racial Profiling beim Polizeipräsidium Karlsruhe

Ihre E-Mail Nachricht vom Donnerstag, 08. Oktober 2020, 15:07 Uhr

Zu der Anfrage nimmt das Polizeipräsidium Karlsruhe wie folgt Stellung:

Die anliegende Anfrage der Fraktion „Die Linke“ betrifft Erkenntnisse über Gewaltein-sätze, Rechtsradikalismus und Racial Profiling bei Beamtinnen und Beamte der Karls-ruher Polizei und des Kommunalen Ordnungsdienstes (KOD) der Stadt Karlsruhe. Nach § 24 Abs. 3 GemO kann eine Fraktion in allen Angelegenheiten der Gemeinde und ihrer Verwaltung verlangen, dass der Bürgermeister den Gemeinderat unterrich-tet.

Bei den Erkenntnissen zu Vollzugsbeamtinnen und -beamten des Landes dürfte es sich bereits begrifflich nicht um Angelegenheiten der Gemeinde und ihrer Verwaltung handeln, auch sofern konkret nach den Erkenntnissen der Stadtverwaltung hierzu gefragt wird. Darüber hinaus können wir keine kommunalpolitische Dimension der Fragestellungen erkennen.

Es handelt sich nach unserem Dafürhalten vielmehr um dienstrechtliche Fragestel-lungen. Die Vollzugsbeamtinnen und -beamten unterstehen insoweit der Dienstauf-sicht des Landes. Wir bitten daher um Verständnis, dass das Polizeipräsidiums Karls-ruhe die im Einzelnen aufgeworfenen Fragen nicht beantworten kann.

Abschließend versichern wir, dass Fälle mit rechtsradikalen Tendenzen sowie mit Gewaltanwendung außerhalb rechtlicher Normen in Reihen der Beschäftigten seitens des Polizeipräsidium Karlsruhe stets sehr ernst genommen werden.

gez.

Caren Denner

Polizeipräsidentin